

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Vorwort</i>	V
<i>Literaturverzeichnis</i>	XIII
<i>Rechtsprechungsverzeichnis</i>	XVII
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XXIII
1. Teil Einführung: Der Artenschutz und seine Bedeutung in der Bebauungsplanung	1
1. Kapitel Die wachsende Bedeutung des Artenschutzes in der Bebauungsplanung	1
I. Die Anfänge des Artenschutzrechts in der Planung	1
II. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 10.1.2006	2
III. Neuregelung des Artenschutzrechts im Bundesnaturschutzgesetz	2
IV. Gegenwärtig: Schwierige Verzahnung von Artenschutz- und Bauplanungsrecht	3
2. Kapitel Die Gegenstände des Artenschutzrechts in der Bebauungsplanung	5
I. Der Artenschutz als einfacher Umweltbelang.	5
II. Der Gebietsschutz	6
III. Die artenschutzrechtlichen Verbote	7
1. Rechtsgrundlagen der artenschutzrechtlichen Verbote ...	7
2. Prüfungsprogramm für artenschutzrechtliche Verbotswirkungen im Bundesnaturschutzgesetz	8
3. Erforderliche Beachtung artenschutzrechtlicher Verbote im Bebauungsplanverfahren.	10
4. Artenschutzrechtliche Verbote bei Satzungen gemäß § 34 Abs. 4 BauGB und in der Flächennutzungs- planung.	12
3. Kapitel Zusammenfassung	13

Inhaltsverzeichnis

2. Teil	Artenschutzrechtliche Verbote	15
1. Kapitel	Systematik der geschützten Arten	15
I.	Besonders geschützte Arten	15
II.	Streng geschützte Arten	17
2. Kapitel	Artenschutzrechtliche Verbote	19
I.	Verbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot)	19
1.	Rechtsgrundlagen	19
2.	Schutzgut	20
3.	Verbotene Handlungen	20
4.	Tötungsverbot bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen	22
a)	Tötungsrisiko	22
b)	Tierökologische Abstandskriterien	23
c)	Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen	24
5.	Relevanz des Tötungsverbots für die Bebauungsplanung	24
6.	Strafbarkeit	25
II.	Verbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG (Störungsverbot während bestimmter Zeiten)	26
1.	Rechtsgrundlagen	26
2.	Schutzgut	26
3.	Verbotene Handlungen	27
4.	Schutzzeiten	27
5.	Erheblichkeit	28
6.	Gemeinschaftsrechtliche Konformität des Störungsverbots?	29
7.	Freistellung	31
III.	Verbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (Beschädigungsverbot geschützter Lebensstätten)	31
1.	Rechtsgrundlagen	31
2.	Lebensraum, Habitat und Lebensstätte	32
3.	Allgemeine Voraussetzungen für Lebensstätten	33
4.	Fortpflanzungsstätten	33
5.	Ruhestätten	34
6.	Zeitliche Grenzen des Lebensstättenschutzes	35
7.	Verbotene Handlungen	36
8.	Bedeutung für die Bebauungsplanung und Freistellung vom Verbot	38
IV.	Verbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG (Beschädigungsverbot von Pflanzen und ihren Standorten)	38
V.	Verbote des allgemeinen Artenschutzes	39
3. Kapitel	Zusammenfassung	41

3. Teil	Behandlung artenschutzrechtlicher Konflikte im Bebauungsplanverfahren: Freistellung, Ausnahme und Befreiung	43
1. Kapitel	Struktur der Prüfung bei der Behandlung artenschutzrechtlicher Konfliktlagen	43
I.	Zweite Prüfungsstufe: Freistellung nach § 44 Abs. 5 BNatSchG	44
II.	Dritte Prüfungsstufe: Ausnahme nach § 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 5 und 2 BNatSchG . .	44
III.	Vierte Prüfungsstufe: Befreiung nach § 67 Abs. 2 BNatSchG	45
2. Kapitel	Freistellung gemäß § 44 Abs. 5 BNatSchG bei europäisch und nach besonderer Rechtsverordnung geschützten Arten	46
I.	Rechtsgrundlage und Übersicht	46
II.	Zulässigkeit der Verbotshandlung als Eingriff	47
III.	Anwendungsbereich hinsichtlich der geschützten Arten	48
IV.	Anwendungsbereich hinsichtlich der Verbotsvorschriften . . .	49
	1. Beschädigungsverbot im Sinne von § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG	49
	2. Tötungsverbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG	49
	a) „Freiberg-Urteil“ des Bundesverwaltungsgerichts	50
	b) Folgen des „Freiberg-Urteils“ für die Bebauungs- planung	50
	3. Beschädigungsverbot geschützter Pflanzen gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG	53
V.	Wahrung der ökologischen Funktion einer geschützten Lebensstätte im räumlichen Zusammenhang	54
	1. Hinweise in der Gesetzesbegründung	55
	2. Die Lebensstätten-Begriffe nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts	56
	a) Unterscheidung zwischen den Lebensstätten-Begriffen im nationalen Recht	56
	b) Lebensstätten-Begriff in Art. 12 Abs. 1 Buchstabe d FFH-RL	56
	c) Richtlinienkonforme Umsetzung des Lebensstätten-Begriffs der FFH-Richtlinie	57
	d) Richtlinienkonforme Umsetzung des Lebensstätten-Begriffs der Vogelschutz-Richtlinie	58
	e) Handhabung in der Praxis	59
	3. Bedenken gegen die Richtlinienkonformität des § 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG	60

Inhaltsverzeichnis

VI. Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen	61
1. Anforderungen an vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen nach der Gesetzesbegründung	62
2. Anforderungen nach dem Leitfaden der EU-Kommission	63
3. Kapitel Freistellung nach § 44 Abs. 5 BNatSchG bei anderen besonders geschützten Arten	66
4. Kapitel Ausnahme gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG	68
I. Rechtsgrundlagen	68
II. Tatbestandliche Voraussetzungen	69
1. Zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses	69
a) Anforderungen	69
b) Anwendbarkeit des Ausnahmegrundes gemäß § 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 5 BNatSchG auch auf Verbote der Vogelschutz-Richtlinie	75
2. Keine zumutbaren Alternativen	77
3. Keine Verschlechterung des Erhaltungszustands bzw. Verweilen in einem günstigen Erhaltungszustand	78
a) Arten gemäß FFH-Richtlinie	79
b) Europäische Vogelarten gemäß Vogelschutz-Richtlinie	81
c) Zu bewertende Populationen der vom Eingriff betroffenen Art	82
III. Anforderungen an Ausgleichsmaßnahmen	83
1. Rechtsgrundlage	83
2. Abgrenzung zu vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen	83
3. Erforderlichkeit von Ausgleichsmaßnahmen	84
4. Anforderungen an Ausgleichsmaßnahmen	84
5. Verbindung mit Maßnahmen zum Ausgleich von Beeinträchtigungen des Naturhaushalts gemäß § 1a Abs. 3 BauGB	85
5. Kapitel Befreiung gemäß § 67 Abs. 2 BNatSchG	87
I. Rechtsgrundlage	87
II. Europarechtliche Konformität der Befreiung	87
III. Voraussetzungen	88
IV. Ersatzmaßnahmen	89
6. Kapitel Zusammenfassung	90

4. Teil	Umsetzung artenschutzrechtlicher Maßnahmen im Bebauungsplan	93
1. Kapitel	Umsetzung durch Festsetzungen im Bebauungsplan . . .	95
I.	Rechtsgrundlagen	95
II.	Festsetzung von Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB	96
1.	Anforderungen an die Festsetzungen	96
2.	Ort der Maßnahme	99
3.	Pflichten- und Kostentragung von Maßnahmen	100
III.	Festsetzung zu Anpflanzungen, Erhaltung von Bepflanzungen, Bindungen für Bepflanzungen und von Gewässern gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB	101
2. Kapitel	Umsetzung durch Übernahme artenschutzrechtlicher Maßnahmen in den Bebauungsplan nach § 11 Abs. 3 BNatSchG oder § 9 Abs. 4 BauGB	102
3. Kapitel	Umsetzung durch vertragliche Regelungen.	103
4. Kapitel	Möglichkeit der Verlagerung von Maßnahmen auf die Ebene der Vorhabenzulassung	104
5. Kapitel	Zusammenfassung.	105
5. Teil	Die Berücksichtigung des Artenschutzes im Bebauungsplanverfahren.	107
1. Kapitel	Beteiligung der zuständigen Naturschutzbehörde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung (Scoping).	110
I.	Bestimmung der zuständigen Naturschutzbehörde	110
II.	Beteiligung der zuständigen Naturschutzbehörde im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung	110
2. Kapitel	Umweltprüfung, Umweltbericht und Umfang artenschutzrechtlicher Ermittlungen.	113
I.	Umweltprüfung und artenschutzrechtliche Ermittlungen.	113
1.	Anforderungen an die artenschutzrechtliche Prüfung	114
a)	Rechtliche Vorgaben für die Prüfung im Planfeststellungsrecht.	114
b)	Erkenntnisquellen für die artenschutzrechtliche Prüfung	116
c)	Sonstige zulässige Methoden zur Bewertung artenschutzrechtlicher Betroffenheiten	118

Inhaltsverzeichnis

2. Gerichtliche Kontrolle artenschutzrechtlicher Prüfungen	119
3. Übertragung der Maßstäbe auf die Bebauungsplanung . . .	120
II. Aufnahme artenschutzrechtlicher Aussagen in den Umweltbericht	121
3. Kapitel Beteiligung der zuständigen Naturschutzbehörde im Rahmen der förmlichen Behördenbeteiligung	123
I. Stellungnahme der Naturschutzbehörde in der Behördenbeteiligung	123
II. Meinungsverschiedenheiten zwischen Gemeinde und Naturschutzbehörde	124
4. Kapitel Sonderfall des Bebauungsplans der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB	126
I. Bebauungspläne ab 20.000 Quadratmeter Grundfläche.	126
II. Bebauungspläne mit weniger als 20.000 Quadratmetern Grundfläche.	127
5. Kapitel Auftreten artenschutzrechtlicher Konflikte nach In-Kraft-Treten eines Bebauungsplans	128
6. Kapitel Beteiligung der Naturschutzverbände im Bebauungsplanverfahren	130
I. Rechtsbehelfe gegen Bebauungspläne.	130
II. Rechtsbehelfe im Vorhabenzulassungsverfahren und Bedeutung für das Bebauungsplanverfahren.	131
7. Kapitel Bebauungsplanung und Haftung nach dem Umweltschadengesetz	133
8. Kapitel Zusammenfassung	135
<i>Stichwortverzeichnis</i>	<i>137</i>